



25. Mai 2011 - Auszug aus dem Plenarprotokoll des Deutschen Bundestages

Rede zum Antrag zur Erweiterung der Anzahl der Sachverständigen in der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

im Januar dieses Jahres hat die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ ihre Arbeit aufgenommen.

Jeweils 17 Abgeordnete und 17 Sachverständige diskutieren diese Fragen um die Zukunft unserer Wirtschaft und unserer Gesellschaft in der Enquete-Kommission.

Während die Fraktionen mit ihren Benennungen dafür gesorgt haben, dass die Seite der Bundestagsabgeordneten mit 52,94% Frauen vorbildlich besetzt ist, wurden Frauen auf der Sachverständigenbank völlig ausgeblendet!

Aus dem Blick politischer Fairness ist das ein Skandal!

Der Frauenanteil bei der Einsetzung der Kommission betrug insgesamt 24%.

Nachdem ich in der Debatte zum 100. Internationalen Frauentag das Versagen aller Fraktionen bei der Besetzung der Sachverständigenbank



angeprangert habe, hatte ich den Eindruck, dass auch die Kolleginnen in Unions- und FDP-Fraktion meine Auffassung teilen.

Deshalb wollte ich mit diesem fraktionsübergreifenden Gruppenantrag zusammen mit möglichst vielen Kolleginnen im Bundestag dafür sorgen, dass die Sachverständigenbank um weitere 8 (weibliche) Mitglieder erweitert werden soll. Anfangs schien auch bei der Union Interesse zu bestehen, ein frauenpolitisches Zeichen zu setzen.

Allerdings scheinen sich die gleichstellungspolitischen Ambitionen der Unionsfrauen darin zu erschöpfen, dass sie sich mit dem Einwechseln einer einzigen Frau bei den von der Union zu benennenden Sachverständigen zufrieden geben. Das ist kein Erfolg, sondern ein Armutszeugnis.

Die Unionsfraktion hat eine einzige Frau von immerhin 6 MdB's und jetzt neuerdings auch noch eine Frau bei 6 Sachverständigen – also 2 von 12: das entspricht einem Anteil von sagenhaften 16,7 Prozent. Damit hat die Union auch weiterhin die rote Laterne.

Die SPD hat derzeit 3 Frauen von 8 Enquete-Mitgliedern also 37,5 Prozent.

Die FDP hat derzeit 2 Frauen von 6 also 33,3 Prozent

Die Grünen haben derzeit 1 Frau von 4 also 25 Prozent
und

Die Linke hat derzeit 2 Frauen von 4 Mitgliedern als 50 Prozent

Auch der Hinweis, die anderen Fraktionen könnten ja auch jeweils eine Frau auf der Sachverständigenbank auswechseln hilft nicht weiter. Zwar würde sich der Frauenanteil auf der Sachverständigenbank auf 29 Pro-



zent erhöhen – wäre damit aber immer noch niedriger als mit unserem Vorschlag.

Bleibt das Argument: Unser Vorschlag verschiebt die Parität zu Gunsten der Sachverständigenseite. Das stimmt, allerdings ist nicht zu befürchten, dass sich die Sachverständigenseite gegen die Abgeordnetenseite verbünden würde und diese überstimmen würde.

Es ist schade, dass Sie liebe Kolleginnen von der Union sich lieber mit einem Spatz in der Hand abspeisen lassen als um die Taube auf dem Dach zu kämpfen.

Lassen Sie uns gemeinsam ein gleichstellungspolitisches Zeichen setzen, damit in Zukunft auch die Gremien des Bundestages paritätisch besetzt werden.

In einer Zeit, in der wir öffentlich über Frauenquoten für Führungspositionen diskutieren, in der wir eine Kanzlerin und mehrere Ministerinnen als selbstverständlich ansehen, in einer Zeit, in der sowohl das Gleichstellungsgebot als auch das Bundesgremienbesetzungsgesetz die politischen Akteure verpflichtet, die Gleichstellung von Frauen und Männern und die Strategie des Gender Mainstreaming zu fördern bzw. die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in Gremien zu schaffen – in so einer Zeit kann doch ein 17-köpfiges Sachverständigengremium nicht ohne Frauen eingesetzt werden!

Mit einem derart eingeschränkten männlichen Blick, werden fundamental wichtige Perspektiven ausgeklammert und Wirtschaft leider wieder zur alleinigen Männerdomäne erklärt.



Dabei ist es seit jeher Anliegen der Frauenbewegung, der Frauenverbände und der feministischen Ökonomiekritik, Antworten auf die Frage nach Indikatoren wirtschaftlichen Wachstums zu finden.

Ihre Kritik liegt v.a. darin, dass nur das Bruttoinlandsprodukt als Indikator für wirtschaftliches Wachstum gilt. Gesellschaftliche Arbeit wird demnach mit bezahlter Arbeit gleichgesetzt.

Dass so aber die unbezahlte soziale Arbeit – die einen Großteil gesellschaftlicher Arbeit ausmacht – nicht wertgeschätzt wird, wird in der Debatte ebenso vergessen wie Bildung, Verteilungsgerechtigkeit oder politische Teilhabe.

Unbezahlte Tätigkeiten wie zum Beispiel die Pflege von Angehörigen oder die Erziehung von Kindern werden seit jeher von Frauen erbracht und ebenso seit jeher nicht als „Arbeit“ geschätzt.

Das Volumen der unbezahlten Arbeit in Deutschland ist mit 96 Milliarden Stunden signifikant höher als die 56 Milliarden Stunden bezahlter Arbeit. Der monetäre Wert dieser unbezahlten Arbeit beträgt 684 Milliarden Euro.

Allein anhand dieser wenigen Zahlen erkennt man schnell wie wichtig die Einbindung der weiblichen Perspektive ist: seit Jahren forschen Ökonomeninnen und Soziologinnen auf den Gebieten von Wachstum und Wohlstand in Verbindung mit dem Wandel der Geschlechterverhältnisse.

Es gibt sie, die weiblichen Expertinnen!



Wir können uns es nicht leisten, ohne den Sachverstand der Frauen über die Zukunft unseres Landes zu diskutieren und zu entscheiden.

Daher appelliere ich an alle – v.a. aber an alle weiblichen Abgeordneten – die Effizienz des Gremiums zu erhöhen und größere Chancengleichheit herzustellen, indem wir unser Versäumnis versuchen zu schmälern und acht weitere – ausschließlich weibliche – Sachverständige in die Enquete-Kommission berufen.